Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 88. | Sonnabend, den 10. November 1934. | 83. Jahrgang.

Schulreform

Die große Schulreform im Dritten Reich wirft ihre Schatten voraus. Wenn gleich in Details noch unbekannt, lassen sich doch ihre Tendenzen aus den Aeußerungen maßgebender Schulpolitiker und Führer des neuen Systems klar erkennen. Es kann schon jetzt darüber kein Zweifel herrschen, daß ihre Auswirkungen auf das deutsche Unterrichtswesen und die deutsche Kulturbildung sehr stark sein werden. Man kann begierig sein, wie die künftigen Absolventen der deutschen Höheren Schulen neben ihren Kameraden von Heute sich ausnehmen werden, die nach maßgebendem Urteil in überwiegender Anzahl als **Schwachsinnige** mit höherer Bildung anzusprechen sind. Diesen Ausdruck hat der sächsische Unterrichtsminister Hartnacke geprägt; er entspringt nicht unserem Gehirn . . .

Der Abneigung gegen humanistische Bildung, die der Nationalsozialismus mit dem Marxismus gemein hat und die er als Kampf gegen den „Intellektualismus" zu begründen sucht, werden die neuen Lehrpläne durch starke Herabsetzung der Anforderungen in allen wissenschaftlichen Fächern, namentlich in den Sprachen, aber auch in der Mathematik in weitem Maße Rechnung tragen. Es ist deshalb durchaus begreiflich, daß die Lehrerschaft an den deutschen Höheren Schulen als berufenste Hüterin und Vermittlerin des höheren Bildungsgutes der Nation der Verwirklichung dieser Pläne mit **höchster Besorgnis** entgegensieht. Dies beweist schon ein kurzer Auszug aus dem „Deutschen Philologenblatt" (Nr. 32), dem Fachorgan der etwa 35 000 Mitglieder umfassenden Gesamtorganisation der akademisch vorgebildeten Lehrer Deutschlands.

In einem Beitrag, der höchste Beachtung fand, lehnt Fritz **Friedrich**, selbst Direktor an einer Reformmittelschule in Sachsen, zunächst die von marxistischen Schulreformern übernommene einheitliche Normaltype aus pädagogischen Gründen ab. Ihre Verwirklichung sei gefährlich; „denn von hier aus ist nur ein Schritt zu der Forderung, daß dieser Normaltyp nun auch wirklich für alle jungen Deutschen ohne Ausnahme bestimmt sein müsse, mit anderen Worten, daß die Höhere Schule als solche zu verschwinden habe. Das ist nicht so phantastisch wie es klingt, haben sich doch auch

ganz ernsthafte Männer zu der unsinnigen Ansicht bekannt, es dürfe künftig keinen Unterschied zwischen Gebildeten und Ungebildeten mehr geben. Das ist offenbar nur dadurch zu verwirklichen, daß alle Gebildeten verschwinden; denn das Gegenteil, d. h. daß künftig alle gebildet in dem herkömmlichen Sinne des Wortes werden können, hält doch wohl niemand für möglich. Es ist dies auch keine Gespenterseherei. Liest man Auslassungen wie die der Regierungsdirektoren Zander und Sickmeier, so muß man schon das Datum nachschlagen, um sich zu vergewissern, daß es sich hier nicht um Aeusserungen ganz wilder Gleichheitsfanatiker aus den tollen Jahren nach dem Novemberumsturz handelt sondern, daß hier tatsächlich Beamte einer nationalsoziali-

Der Sieg der New Deal

Neues wirtschaftliches Denken

Der überwältigende Sieg, den die demokratische Partei Amerikas bei den Kongreßwahlen über die Republikaner errungen hat, ist in erster Linie als ein persönliches Vertrauensvotum des amerikanischen Volkes für den Präsidenten Roosevelt werten. Es ist aber nicht lediglich der Sieg einer populären Führerpersönlichkeit wie etwa bei der Präsidentenwahl, sondern das Bekenntnis einer riesigen Volksmehrheit zu den politischen und wirtschaftlichen Kurs des Präsidenten, eine laute und allgemeine Zustimmung zu der Aufbaupolitik des New Deal. Der schon rein ziffernmäßig gigantische Erfolg der Demokraten wird noch dadurch vergrößert, daß nahezu alle Führer der Republikaner unterlegen sind und insbesondere die Leiter der Opposition gegen die Wirtschaftspolitik Roosevelts, alteingesessene bewährte Kongreßmänner, wie Reed oder Robinson u. a. in bisher als unbedingt sicher geltenden republikanischen Hochburgen von ihren demokratischen Gegenkandidaten mit großen Mehrheiten geschlagen wurden. Insbesondere der konservative rechte Flügel der Republikaner wurde damit vernichtet und im neuen Kongreß wird kaum ein republikanischer Name von Ruf und Bedeutung erscheinen. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, daß die Demokraten zum erstenmal auch im Senat mehr als die Zweidrittelmehrheit zu erringen vermochten, da es sich diesmal nur um die Erneuerung von einem Drittel der Senatssitze handelte, sodaß eine Gesamtwahl die Niederlage der Republikaner noch gesteigert hätte.

Im Wahlkampf ist es im Grunde gar nicht um das Für und Wider der Parteiprogramme von Republikanern und Demokraten gegangen, sondern um das Schlagwort „für oder gegen New Deal" und der triumphale Ausgang des großen Plebiszits, durch den alle Gegner des Aufbauwerkes Roosevelts niedergeschlagen wurden, macht nun dem Präsidenten die Bahn vollständig frei. Er gibt ihm auch freie Hand, jene Aenderungen des Kurses vorzunehmen, die sich nach den bisherigen Erfahrungen und Mißerfolgen als notwendig erwiesen haben. Roosevelt hat sich nicht gescheut, das Mißlingen vieler seiner Pläne offen zuzugeben, wie ja u a. auch der Wechsel in der Leitung der Nira gezeigt hat, daß der Präsident bereit ist, aus den Versagern die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Der errungene politische Sieg wird aber voraussichtlich den wirtschaftlichen Plänen Roosevelts einen gewaltigen Auftrieb verleihen und es ist anzunehmen, daß jetzt auch von seiten der Wirtschaft neue Impulse kommen werden. Das Votum des Volkes dürfte eine starke Wirkung auch auf jene wirtschaftlichen Kreise ausüben, die in den Ankurbelungsversuchen des Präsidenten unzulässige und schädliche Einmischungen des Staates in die Privatwirtschaft erblicken und die aus diesem Grunde bisher abwartend oder ablehnend beiseite standen. Angesichts der gewaltigen Zustimmung des Volkswillens zu dem wirtschaftlichen und sozialen Aufbauwerk Roosevelts dürfte der Widerstand dieser Kreise schwächer werden und bei einer entsprechenden Revision und Umstellung der planwirtschaftlichen Projekte des Präsidenten wäre die künftige Zusammenarbeit zwischen ihm und den Wirtschaftsführern um so aussichtsreicher, als das so machtvoll dokumentierte Vertrauen des Volkes und die nunmehr voraussichtlich auch für die nächste Präsidentschaftsperiode gesicherte Kontinuität einer über alle Vollmachten verfügenden Staatsführung die besten Voraussetzungen für einen allgemeinen Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft schaffen dürften.

Bei den Republikanern hat die katastrophale Niederlage ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Vorsitzende des Nationalausschusses der Republikanischen Partei, Fletscher, gab in einer Erklärung die Niederlage unumwunden zu und kündigte zugleich eine durchgreifende Reorganisation und Reform der republikanischen Partei nach „liberalen" Gesichtspunkten an. Fletscher, der selbst ein Gegner der Roosevelt-Politik des „New Deal" war, stellt in Aussicht, daß in Zukunft die jüngere Generation in der Partei zum Worte und zu Taten gelangen solle. Die alte Garde hätte ausgedient. Man müsse sich damit abfinden, daß ein neues wirtschaftliches Denken eingesetzt habe und müsse sich dementsprechend umstellen. In den Kreisen der großen Geschäftswelt und der Banken ist die Wirkung des überragenden Sieges Roosevelts außerordentlich stark. Man glaubt, daß nunmehr der Weg frei ist für eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen Roosevelt und denjenigen Wirtschaftskreisen, die bisher seiner Wirtschaftspolitik abwartend ja oft feindselig gegenüberstanden, zumal erst kürzlich Roosevelt mit den Bankiers einen Waffenstillstand geschlossen hat. Man erwartet auf Grund des Wahlausganges einen riesigen **Aufschwung der Wirtschaft.** Die zu erwartende sechsjährige Herrschaft des Präsidenten Roosevelt und der demokratischen Mehrheiten im Kongreß dürfte nunmehr das Signal zur rückhaltlosen Unterstützung des Rooseveltschen Wirtschaftskurses geben.

stischen Regierung sprechen, und man möchte mit dem Vizekanzler Papen fragen, ob Deutschland eine antimarxistische Revolution erlebt hat, um das Schulprogramm des Marxismus durchzuführen.“

Es liegt vielleicht der Gedanke nahe, dieses abfällige Urteil als Ausfälle eines pädagogischen Schwarzsehers oder Aussenseitesr der deutschen akademischen Lehrerschaft anzusehen. Das dem nicht so ist, zeigt die eindeutige Stellungnahme des Deutschen Philologenverbandes in der Nummer 33, des „Deutschen Philologenblattes“, wo es heißt:

„Es ist selbstverständlich, daß die Leitung des Deutschen Philologenverbandes den Ausführungen Friedrichs sachlich im weitesten Maße zustimmt. Eine derartige Erwiederung halten wir in sachlicher Hinsicht an und für sich für notwendig und verdienstvoll... Denn es ist klar, daß die Verwirklichung solcher Pläne, wie sie hier dargelegt werden, die Höhere Schule vernichten und andere wertvolle Schularten gefährden würden. Das deutsche Volk erlitte dadurch unabsehbaren Schaden . . .“

Dieser Notruf der deutschen Lehrerschaft der Höheren Schule blieb nicht ohne Wirkung. In einem Erlaß des Preußischen Unterrichtsministeriums an die untergeordneten Schulbehörden vom 18. September wird gegen „die erhobenen unerhörten Angriffe auf hohe Regierungsbeamte u. alte Nationalsozialisten“ protestiert und allen nachgeordneten Behörden der Bezug der Zeitschrift verboten und auch den Lehrpersonen Preußens angeraten, davor abzusehen das Deutsche Philologenblatt weiter zu beziehen.

Der preußische Unterrichtsminister glaubt also durch Zwangsmaßnahmen die Bemühungen der Lehrerschaft der Höheren deutschen Schulen vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, vereiteln zu können. Die schmerzlichen Gefühle der Lehrerschaft der Höheren Lehranstalten, die über die als kostbar gehütetes Kleinod gehütete Schule diese Heimsuchung kommen sehen, sind zu verstehen.

Schlesien erklärt sich für das Bekenntnis

Siegeszug der Kirchenopposition

Generalsuperintendent Zenker in Breslau hat sich mit 850 schlesischen Pfarrern der Bekenntniskirche angeschlossen. In ganz Schlesien zählt man 900 Geistliche.

Gegen die auftauchenden Gerüchte von einem Rücktritt des Reichsbischofs hat dieser selbst in einer Erklärung Stellung genommen, in der es heißt, daß sein Rücktritt die Gegensätze nicht beseitigen könne, auch habe er das Vertrauen des Führers. Damit wird nun einmal eindeutig festgelegt, daß es sich im protestantischen Kirchenstreit nicht um personelle Gegensätze handelt, wie es die gleichgeschaltete Presse immer darzustellen versucht, sondern daß die weltanschaulichen Gegensätze von Anfang an von den Führern der Bekenntnisfront in den Vordergrund gestellt wurden. Es ist einfach absurd die Bekenntnisbewegung als eine „politische“ Angelegenheit zu verdächtigen.

Die vom Boden des Bekenntnisses diktierte Haltung der Opposition wird neuerdings durch eine Erklärung des Führers des Pfarrernotbundes, Niemöller, erhärtet, indem er feststellte, daß für eine Beseitigung der Gegensätze „noch einige Voraussetzungen fehlen“. Daß diese „Voraussetzungen“ sich auf die Fragen des Bekenntnisses beziehen, steht für jeden Kenner außer Zweifel. In der gleichen Linie liegt auch die Absage der Landesbischöfe Wurm, Meiser und Marahrens an die Dienstag in Berlin zusammengerufene Bischofskonferenz.

Die „Börsenzeitung“ veröffentlicht eine von offizieller evangelischer Seite stammende Darstellung der kirchenamtlichen Pressestelle, in der es u. a. heißt, daß die Führung der **deutschen evangelischen Kirche nach dem Ausscheiden Jägers dem berechtigten Anliegen der Bekenntnisfront Rechnung tragen will, ohne auf der anderen Seite ihre alten Ziele preiszugeben. Festzustellen sei, daß die jetzt getroffenen Maßnahmen keinen Sieg der Bekenntnisfront bedeuten, ebensowenig wie die Verabschiedung Dr. Jägers.**

*

Es mehren sich auch die Symptome, daß zwischen der katholischen Kirche und nationalsozialistischen Amtsstellen die Verhältnisse sehr gespannt sind. Das Amtsblatt der Erzdiözese München-Freising stellt fest, daß die von Professor Hauer geführte Deutsche Glaubensbewegung als akatholische Sekte im Sinne der Kirchenrechtlichen Bestimmungen zu gelten hat, sodaß das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit besteht.

Das Bündnis mit Frankreich

Eine Erklärung des Regierungslagers

Im Laufe der Budgetdebatte im Sejm erklärte Abgeordneter Miedzinski im Namen des Regierungsblocks, das Bündnis mit Frankreich habe seine Tradition und Popularität. In allen von der polnischen Politik eingegangenen Verträgen, sagte der Redner, wird ausdrücklich erklärt, daß sie an unseren Bündnissen und Verpflichtungen nichts ändern. Was unser Uebereinkommen mit Deutschland anbelangt, so bleiben, wie es darin heißt, dadurch unsere Bündnisse ebenfalls unberührt. Die polnische Politik werde fortfahren, ihren Verbündeten und Freunden treu zu bleiben, doch werde sie keine Vorzimmerpolitik sein. Es handle sich keineswegs um eine sogenannte Prestigefrage, sondern um Lebensnotwendigkeiten.

DER WOLF VON OLSTENNA

Ein Abenteuerroman aus dem nördlichen Schweden von Ludwig Osten

36. Fortsetzung.

„Ja, dann war das Haus voll. Alte Bekannte meines Vaters, die uns im Jahre, der Tradition entsprechend, einmal aufsuchten.“

„Arve“, spricht Bentham eindringlich jedes Wort betonend, „du mußt scharf nachdenken, so sauer es dir auch sein mag, du mußt die Vergangenheit noch einmal durchforschen ... bis ins kleinste. Hast du Tagebücher deines Vaters, deiner Brüder, deiner Schwester? Laß uns dann nachforschen. Wir finden den Punkt, wo wir einhaken können. Für mich steht eins fest: ich gehe nicht eher von Olstenna, bis der große Wolf vernichtet, bis sein Geheimnis restlos geklärt ist.“

„Und ... wenn er ... der Teufel selber wäre?“

„Glaubst du denn, daß hier übersinnliche Kräfte geheimnisvoll walten?“

Ernst entgegnet Graf Olstenna: „Ich muß es glauben nach dem Erleben der Jahre! Was haben wir nicht alles getan, um den Wolf zu finden. Wir haben ihn gejagt bis in die fernsten Schlupfwinkel ... aber er war wie in Luft zerflossen. Da lernst du an das Uebernatürliche ... an den Teufel, glauben!“

Bentham nickt ihm ruhig zu. „Ich verstehe dich, Freund Olstenna! Ich fühle, was du gelitten hast! Ich will dich überzeugen, daß verbrecherische Menschenhände hier ihre Hand im Spiele haben.“

„Was wirst du tun?“

„Zunächst fahre ich demnächst nach Karskulla, um die Protokolle über die Untaten des Wolfs von Olstenna nachzulesen. Dann gehe ich zu den Anverwandten der Opfer. Mich interessiert außerordentlich, zu erfahren, ob der Wolf bei seinen vergangenen Opfern auch ... Geld und Gold mitgehen hieß.“

*

Draußen strömt das Wasser stundenlang vom Himmel, verwandelt alles in einen zähen Morast. Auf den Straßen ist kaum vorwärts zu kommen.

Aber gegen 11 Uhr nachts setzt der Sturm ein. So heftig, heult er durch die Wälder, daß man glauben möchte, er bricht zusammen, was sich ihm in den Weg stellt. Aber die knorrigen halbhohen Kiefern, die schlanken Birken sind an ihn gewöhnt, und der Sturm, dessen Kraft tausendjährige Eichen zum Stürzen bringt, ist machtlos gegen die schmale Birke, gegen die knorrige Kiefer.

Der Sturm heult um Olstenna.

Die beiden Männer sitzen allein im großen Herrenzimmer. Hanna ist müde und hat sich zurückgezogen. Schweigend sitzen sie und lauschen der urewigen Melodie des Sturmes.

Bis Tärgade vom Altan hereintritt Auf seinem Gesicht liegt eine seltsame Spannung. „Herr ...!“

„Was gibt's Tärgade?“

„Der Wolf ist wieder in den Wäldern!“

„Das weiß ich, Tärgade, wir haben sein Wirken, seine Grausamkeit gesehen ... heute morgen!“

„Herr... er heult... unweit vom Schlosse! Wollen Sie seine Stimme nicht hören?“

Olstenna erhebt sich jäh, und Bentham folgt seinem Beispiele. Sie schreiten hinaus auf den Altan.

Es fröstelt sie, als sie draußen stehen, denn der Sturm ist kalt und schneidend.

Sie lauschen, sekundenlang ... aber nur die Melodie des Sturmes umbraust sie.

„Du hast den Sturm gehört, nicht den Wolf, Tärgade!“

„Herr, glauben Sie mir und trauen Sie meinen Ohren ... es war der Wolf! Siebenmal habe ich seine Stimme gehört, und ich kenne sie genau! Unter tausend Wölfen würde ich sie heraushören!“

Sie lauschen wieder, aber nichts von einem Wolfsschrei ist zu hören. Lange stehen sie unbeweglich, aber nichts meldet sich. Schon wollen sie sich wieder zurückziehen, als der Sturm mit einem Male verhält, als wolle er Atem sammeln um dann um so stärker loszubrausen.

Da ... sie zucken zusammen ... Olstenna ist fahl geworden ... denn jetzt hören sie deutlich den heiseren Wolfsschrei. Er wird zum langgezogenen Heulen und verstummt jäh, abgerissen vom wütend einsetzenden Sturm.

(Fortsetzung folgt)

„Immer strebe zum Ganzen. Und kannst du selbst kein Ganzes bilden, als dienendes Glied schließ' einem Ganzen dich an,"

Friedrich von Schiller
am 10. November 175. Geburtstag

Das Urteil im „Oswag"-Prozeß

Donnerstag, um 4 Uhr, verkündete Appellationsrichter Dr. Brostynski das Urteil im Oswag-Prozeß. Der Hauptangeklagte, Direktor Ebeling, wurde des Betrugs schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil erster Instanz hatte für Direktor Ebeling wegen falscher Angaben zum Handelsregister auf eineinhalb Jahre und 5000 zl Geldstrafe gelautet. Direktor Ogiermann und Bankdirektor Caspar wurden von Schuld und Strafe freigesprochen. Ogiermann war seinerzeit wegen unvorschriftsmäßiger bezw. falscher Buchführung zu sieben Monaten Gefängnis u. Caspar wegen Beihilfe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Urteilsbegründung führt das Gericht etwa folgendes aus: Direktor Ebeling habe sich den ihm zur Last gelegten Betrug in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der „Oswag" dadurch zu schulden kommen lassen, daß er die Erhöhung des Grundkapitals um 3,5 Millionen Zloty im Handelregister des Nikolaier Burggerichts eintragen ließ und dort gleichzeitig angab, daß diese Summe durch die Deutsche Bank eingegangen sei und der Gesellschaft zur Verfügung stehe. Die Schuld treffe Direktor Ebeling allein, nach dessen Anweisungen sich alle Geschäftsvorgänge bei der „Oswag" abzuwickeln hatten. Den Bankdirektor Caspar treffe keine Schuld. Die Ausstellung der in Rede stehenden Anerkennungsschreiben sei vorschriftsmäßig vor sich gegangen. Schließlich hätten diese Anerkennungsschreiben nur den Charakter einer Gutschrift gehabt und nicht eines vollwertigen Dokuments. Soweit es sich um Direktor Ogiermann handele, so sei festzustellen, daß die Buchführung vielleicht als unkorrekt, jedoch nicht als gefälscht anzusehen war. Somit könne auch nicht behauptet werden, daß unrichtige Buchungen zu dem Zwecke erfolgt seien, um eine Verschleierung der „Oswag" Geschäfte zu ermöglichen. Im übrigen verpflichteten während der Tätigkeit Direktor Ogiermann noch nicht die polnischen Handelsstrafbestimmungen. Die Vorwürfe gegen Direktor Ebeling und Direktor Ogiermann, wonach beide falsche Buchungen vorgenommen oder solche veranlaßt hätten, hätten sich als gegenstandslos erwiesen. Der Rechtsbeistand Direktor Ebelings hat gegen das Urteil Kassation angemeldet.

Aus Pleß und Umgegend

Der Martinstag, am 11. November, ist ein Festtag, weniger im eigentlichen Sinne, als in Bezug auf die Familie. Es ist eine alte, durchvielerlei Einzelgebräuche ausgezeichnete Sitte, den Martinstag mit einem festlichen Schmaus zu begehen, bei dem der saftige Gänsebraten nicht fehlen darf. Die fromme Sage behauptet, Gänse würden an diesem Tage verzehrt, weil durch Gänsegeschnatter der heilige Martin in seinem Versteck entdeckt wurde, als man ihn suchte, um ihn zum Bischof von Tours zu machen. Freilich ist's gerade keine hübsche Belohnung für jene Tat der Gänse, wenn zur dankbaren Erinnerung die Vertreterinnen dieses Geschlechts verspeist werden. Auch heidnische Anklänge findet man noch in den Gebräuchen, so im Martinsborn, das an die Hufeisen der Pferde erinnert, welche beim Herbstdankfest zu Ehren Wotans geopfert wurden. In vielen Gegenden Deutschlands, am Niederrhein, in Thüringen usw., auch in Holland, wird der Martinstag halb als Kirchweih, durch festliche Schmäuse, halb als Weihnachtsfest, durch Beschenkung der Kinder, Dienstmägde usw. gefeiert. Für das Wetter ist der Martinstag nach den alten Bauernregeln von großer Bedeutung. Da heißt es: Wenn die Gänse zu Martini auf dem Eise steh'n, müssen sie zu Weihnachten im Kote geh'n. — Am Martini Sonnenschein, tritt ein kalter Winter ein. — Martinstag trüb, macht den Winter lind und lieb.

*

Silberne Hochzeit. Am Sonntag, den 11. d Mts., begeht Kaufmann Alois Glanz und Gemahlin das Fest der Silbernen Hochzeit.

Turnverein Pleß. Handballmeisterschaft. Die Kämpfe um die Handballmeisterschaft der 2. Klasse der Deutschen Turnerschaft in Polen neigen sich ihrem Ende zu. Noch immer liegt die Mannschaft des T. V. Pleß gut im Rennen, obwohl sie kürzlich gegen den A. T. V. Kattowitz eine Niederlage erlitt. Aber jetzt muß sich die Mannschaft zusammenreißen um im Endspiel nicht zu versagen. Im Verlaufe der Meisterschaft hat der T. V. Pleß am Sonntag, den 11. November, vormittags 10,30 Uhr: auf der hiesigen Sportplatz ihr vorletztes Spiel und zwar gegen „Jugendkraft Kattowitz", auszutragen. In der ersten Spielserie hat Pleß gegen „Jugendkraft" in Kattowitz knapp verloren. Die Mannschaft würde daher alles dransetzen müssen, um dem Gegner, hier auf eigenem Platz, die Punkte abzunehmen. Und die Plesser Mannschaft kann dies, wenn sie will. Nur müssen alle Spieler einig sein und sich bei diesem Spiel der großen Aufgabe und Verantwortung bewußtsein. Mit dem Ausgang dieses Spiels kann sie nämlich alles gewinnen, aber auch alles verlieren. Das Ergebnis aus diesem Spiel bleibt das Sprungbrett zur Meisterschaft, die wir Handballfreunde der Mannschaft des Plesser Turnvereins herzlichst gönnen, da Pleß sich bisher, angesichts der Tatsache, daß Pleß sich ausnahmslos großen Vereinen gegen Bestand glänzend bewährt hat. Rückschläge kommen bei jeder Mannschaft vor, dies konnte man in letzter Zeit auch bei größeren Meisterschaftskämpfen beobachten. Wenn die Plesser-Mannschaft ihre alte Form wieder erreicht, muß sie das Spiel am Sonntag gewinnen. Nach dem Meisterschaftsspiel spielen die Reserven von „Jugendkraft" Kattowitz und Pleß ein Freundschaftsspiel. Der Vorstand des Turnvereins würde es daher sehr begrüßen, wenn die Turn-Handballfreunde der Plesser Bevölkerung recht zahlreich zu diesem ausschlaggebenden und daher auch bestimmt interessanten Spiele um die Handballmeisterschaft erscheinen würden.

Großfeuer in Goczalkowitz. In der Besitzung des Georg Smija in Goczalkowitz, brach am Mittwoch abends Feuer aus. Der Brand fiel die große Scheune mit allen landwirtschaftlichen Maschinen und sämtlichen Erntevorräten zum Opfer. Der Schaden beträgt 27 000 zl. An den Löscharbeiten beteiligten sich die Feuerwehren der Gemeinden Goczalkowitz, Lonkau, Poremba und der Stadt Pleß.

Aufgeklärter Ueberfall. Am 30. Oktober wurde auf der Landstraße zwischen Imielin und Kostow ein junger Mann von drei Wegelagerern überfallen und um 18 Zloty beraubt. Einer der Täter, der 20 Jahre alte Johann Sorek aus Birkenthal, konnte am Mittwoch verhaftet werden Der Verhaftete war geständig und nannte auch die Namen der beiden übrigen Täter.

Vom Sozialversicherungsgesetz. Die neuen Bestimmungen des Sozialversicherungsgesetzes, wonach kurzfristig in der Hauswirtschaft beschäftigte Personen und Verwandte des Handwerksmeisters, die in seinem Betriebe beschäftigt werden und bei ihm im Hause leben, von jeder Sozialversicherungspflicht befreit werden, treten am 1. April 1935 in Kraft. Zu denselben Termin erlangt die Bestimmung Gesetzeskraft, wonach physische und geistige Arbeiter, deren Monatsverdienst 725 zl übersteigt, der Krankenversicherung nicht unterliegen.

Wie wird die Unfallrente errechnet? Die Berechnung und Festsetzung der Unfallrente hat im neuen Sozialversicherungsgesetz eine Neuregeiung erfahren. Die Monatsrente eines Vollinvaliden beträgt jetzt 66 zweidrittel Prozent seines durchschnittlichen Monatsverdienstes. Errechnet wird der durchschnittliche Monatsverdienst auf Grund der letzten 52 Wochenverdienste vor dem Tage des Unfalls. Bei Lehrlingen, Praktikanten usw., die keinen Lohn oder Gehalt erhalten, wird der durchschnittliche ortsübliche Lohn zur Berechnungsgrundlage genommen. Der als Grundlage zur Berechnung der Rente angenommene durchschnittliche Monatslohn darf nicht niedriger sein als der Verdienst eines unqualifizierten Arbeiters. Jedes Jahr wird durch den Arbeitsinspektor der Monatslohn eines unqualifizierten Arbeites festgesetzt. Für 1934 hat der Kreisarbeitsinspektor folgende Monatslöhne festgesetzt: Für Kattowitz und Schwientochlowitz 125 Zloty, Chorzow (Königshütte), Tarnowitz, Rybnik, Pleß, Bielitz, Teschen und Lublinitz 115 Zloty.

Wechselproteste durch die Post. Vom 1. November an nehmen alle Postämter Wechsel zum Protestieren entgegen. Die se Verfügung betrifft die Wechsel, die am Ort des betreffenden Postamtes zahlbar sind. Die Wechsel werden von den Postbeamten den Schuldnern zur Bezahlung vorgelegt und wenn diese nicht zahlen, wird nach den rechtlichen Vorschriften der Protest ausgesprochen.

Werbet neue Leser!

Gottesdienstordnung!

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 11. November, um 6,30 Uhr: stille hl. Messe; 7,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und polnischer Predigt; 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt für verstorb. Josef und Marie Brzoska, Franz und Josef Kuczera; 10.30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen

Evangelische Gemeinde.

Sonntag, den 11. November, um 10 Uhr: deutscher Hauptgottesdienst; 11,15 Uhr: deutscher Kindergottesdienst; 2 Uhr: polnischer Gottesdienst.

Bibelstunde im Konfirmandenzimmer Diesntag, den 13. November, um 8 Uhr:

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pless, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1.